

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Rassismus

Liebe LeserInnen,
liebe FreundInnen

eine Reihe von brutalen rechten Angriffen hat in den ersten Monaten dieses Jahres für Schlagzeilen auch außerhalb von Sachsen-Anhalt gesorgt. Damit setzt sich der Trend des vergangenen Jahres nahtlos fort: 129 rechts und rassistisch motivierte Gewalttaten hat die Mobile Opferberatung im Jahr 2005 registriert – ein Fünftel mehr als noch im Jahr zuvor.

Eine der Hauptopfergruppen sind diejenigen, die auf Grund ihrer Herkunft oder ihrer Hautfarbe als „nicht-deutsch“ stigmatisiert werden. Wir haben die brutale Misshandlung eines 12-jährigen afrodeutschen Schülers in Pömmelte durch fünf polizeibekanntes Rechte zum Anlass genommen, einen Vertreter der seit fast 20 Jahren bestehenden bundesweiten „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“ (ISD) zu den Zusammenhängen zwischen Rassismus, Alltagsdiskriminierung und deutscher Kolonialgeschichte zu interviewen.

Vielfach fühlen sich die Täter durch Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte legitimiert. In einer bundesweiten Studie, die der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer seit vier Jahren unter dem Motto „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ durchführt, werden die gestiegenen Werte bei fremdenfeindlichen Einstellungen erschreckend deutlich: So stimmten beispielsweise 61,1 Prozent der Befragten der Aussage „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ „voll“ oder „eher“ zu; im Jahr 2002 waren es dagegen noch 55 Prozent gewesen. Noch deutlicher fiel der Anstieg bei der Aussage aus „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“. Waren es im Jahr 2002 noch 27,4 Prozent, die dieser Aussage „voll“ oder „eher“ zustimmten, so stieg der Anteil nun auf ein Drittel der Befragten, nämlich rund 35 Prozent. Im aktuellen Landtagswahlkampf wird deutlich, wie das Bündnis von DVU und NPD

versucht, diesen Alltagsrassismus zu mobilisieren und damit Wählerstimmen zu gewinnen.

Der Angriff auf den afrodeutschen Schüler wirft aber auch ein Schlaglicht auf ein weiteres Problem: Immer wieder sind es rechte Überzeugungs- und Wiederholungstäter aus dem Umfeld der so genannten Freien Kameradschaften, die ihre Angriffe während laufender Bewährungszeiten verüben. Diese zumeist lokal oder regional organisierten Kameradschaften bilden auch den Kern einer extrem rechten Alltagskultur; sie treten zunehmend selbstbewusster und offensiver auf – weil ihnen bislang von Seiten der Sicherheitsbehörden, von politisch Verantwortlichen oder zivilgesellschaftlichen Initiativen kaum Grenzen aufgezeigt werden. Der extrem rechten Alltagskultur effektiv entgegen zu treten – diese Herausforderung wollen wir gemeinsam mit Ihnen im kommenden Jahr bewältigen. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Funk: 0170/2 92 53 61
opferberatung.md@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

Salzwedel

Am Hafen 11a; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Funk: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

Halberstadt

c/o ASB
Voigtei 38; 38820 Halberstadt
Tel.: 03941/62 18 00 Funk: 0170/2 94 83 52
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

Halle

c/o Blickpunkt Opfer Sachsen-Anhalt e.V.
Reilstr. 78; 06114 Halle
Tel.: 0345/5 48 38 51 Funk: 0170/2 94 84 13
opferhilfesued@yahoo.de
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 18 Uhr

1. Januar/Westerhausen

(Landkreis Quedlinburg) Gegen 0.40 Uhr randaliert ein 23-Jähriger in einem Döner-Imbiss. Er beschimpft den Wirt als „Ausländerpack“, zeigt den „Hitlergruss“ und droht, den Imbiss anzuzünden. Den Gästen gelingt es, den Angreifer aus dem Lokal zu drängen. Zwei Gäste und der Täter werden leicht verletzt.

1. Januar/Quedlinburg

Drei augenscheinlich Rechte beschimpfen kurz nach Mitternacht auf dem Markt einen 29-Jährigen als „Scheiß Zecke“. Trotz Schlichtungsversuchen Umstehender, die von dem rechten Trio daraufhin auch bedroht werden, schlägt einer der Rechten dem alternativen Mann mit der Faust ins Gesicht. Etwas später kommen mehrere Rechte gezielt auf eine Gruppe nicht-rechter Jugendlicher zu, unter denen sich ein 19-Jähriger befindet, der vorher versucht hatte zu schlichten. Der 19-Jährige und ein Freund werden gezielt geschlagen, die Umstehenden bedroht. Die Polizei wird gerufen, nimmt Anzeigen der Opfer auf und erteilt 15 Rechten Platzverweise. Der 19-Jährige erleidet u.a. eine Gehirnerschütterung und eine Teilamnesie.

Vor Gericht:

Unzureichende Strafverfolgung

Halberstadt

Am 6. Februar 2006 begann vor dem Jugendschöffengericht Halberstadt der Prozess gegen drei polizeibekanntene Neonazis, denen u.a. die Beteiligung an einem schweren Angriff auf einen liberianischen Flüchtling und einen Beamten der Bundespolizei zur Last gelegt wird. Die Anklage wirft Guido L. (27), Marco H. (30) und Michel S. (25) u.a. gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung vor. Nicht angeklagt wurde hingegen ein schwerer Angriff auf zwei Männer, die sich den flüchtenden Neonazis in den Weg stellten.

Am Nachmittag des 5. Mai 2005 hatte eine Gruppe von mindestens sechs Rechten, die zuvor mit dem Sänger der Neonaziband Skinheads Sachsen-Anhalt (SSA), Peter Karich, den so genannten Herrentag gefeiert hatten, am Bahnhof Halberstadt den 36-jährigen Liberianer gejagt. Zahlreiche Passanten und Taxifahrer schauten dabei zu. Schließlich half ein uniformierter Beamter der Bundespolizei, der auf dem Weg zur Arbeit die Hetzjagd bemerkte. Der 32-Jährige wollte den Liberianer in sein Auto in Sicherheit bringen, als die Rechten wieder angriffen und sowohl den Flüchtling als auch den Beamten mit Faustschlägen zu Fall brachten und dann auf die am Boden Liegenden eintraten. Beide Opfer erlitten u.a. schwere Kopfverletzungen. Vier Männer, die zufällig vorbei kamen, verhinderten dann, dass die Rechten sich seelenruhig vom Tatort entfernen konnten. Einer der Hilfeleistenden wurde dabei von den Neonazis durch Schläge massiv verletzt, ein weiterer leicht – ein Angriff, den die Staatsanwaltschaft Halberstadt in ihrer Anklage einfach ignorierte.

„Ich wurde angegriffen, weil ich Afrikaner bin, weil meine Hautfarbe schwarz ist“, erklärte der Flüchtling vor Gericht. Und der Bundespolizist war sich sicher, dass alle drei Angeklagten ihn und den Liberianer getreten und geschlagen hatten. Doch die Angeklagten, darunter der bekennende Neonazi Michel S., der bereits zu Freiheitsstrafen verurteilt wurde und sich zum Tatzeitpunkt auf Bewährung befand, streiten derzeit alles ab. ■

Langes Warten auf den Prozess

Halle

Kevin M. (Name geändert) lebt nicht mehr in Halle. Der 41-jährige Sudanese wurde am 27. September 2002, kurz vor Mitternacht, an einer Straßenbahnhaltestelle in Halle plötzlich von zwei ihm unbekanntenen Männern mit „Neger!“, „Was machst du hier!“ und „Du stinkst!“ beschimpft. Dann schlug einer der Rechten ihm mit voller Wucht eine Bierflasche ins Gesicht, während der andere ihm in den Bauch trat.

Kevin M. sackte bewusstlos zusammen. Als er blutend wieder zu sich kam, waren die Männer weg. Zeugen riefen eine Polizeistreife, die die Angreifer nur wenige Meter vom Tatort entfernt festnahm. Kevin M. wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo eine tiefe Schnittverletzung im Gesicht genäht werden musste. Obwohl er damals in Halle studierte, verließ er aus Angst vor weiteren rassistischen Angriffen die Stadt. Noch heute leidet er an den psychischen Folgen des Angriffs.

Auf einen Prozess gegen die mutmaßlichen Täter musste Kevin M. dann drei Jahre und fünf Monate warten. Erst am 21. Februar 2006 eröffnete das Amtsgericht Halle die Hauptverhandlung gegen die beiden heute 27-jährigen Angeklagten, die zu den Tatvorwürfen schwiegen. Allerdings konnte Kevin M. sie zweifelsfrei identifizieren und ihnen auch einzelne Tathandlungen zuordnen. Warum das Amtsgericht Halle sich so lange mit der Hauptverhandlung Zeit ließ, ist nicht nachvollziehbar. Denn die Staatsanwaltschaft hatte bereits Ende Februar 2003 Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben. Ein fehlendes DNA-Gutachten sorgte dafür, dass ein erster Prozesstermin im Dezember 2005 platzte.

Die lange Verfahrensdauer hat erhebliche Auswirkungen: Einer von zwei Augenzeugen ist inzwischen gestorben. Und da die Verzögerung überwiegend durch die Justiz verursacht wurde, wird die verstrichene Zeit zwischen Tat und Prozess vom Gericht bei einer Verurteilung zu Gunsten der Angeklagten gewertet werden. Mit einem Urteil wird im März 2006 gerechnet. ■

Vor Gericht:

Hohe Haftstrafe für rechten Angriff

Das Opfer muss mit einer Augenprothese leben

Als eine eindeutig „politisch motivierte Gewalttat“, bei der der Täter mit „erschreckender Brutalität“ vorgegangen sei, bewertete das Landgericht Dessau den brutalen Angriff auf Andreas M. (Name geändert) während des Heimatfestes 2005 in Zerbst. Am 14. Februar 2006 verurteilte das Landgericht den 28-jährigen Nico K. deshalb wegen schwerer Körperverletzung zu acht Jahren Haft. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Angeklagte den damals 16-jährigen Andreas M. am Rand der Festwiese schwer verletzt hatte. Nico K. habe sein Opfer angegriffen, weil er ein T-Shirt mit der Aufschrift „Gegen Nazis“ trug, stellte der Vorsitzende Richter in seiner mündlichen Urteilsbegründung fest.

Der 28-Jährige schlug Andreas M. nach einem kurzem Wortwechsel völlig unvermittelt ein Bierglas ins Auge, schleppte ihn dann zu einem LKW-Anhänger, schlug seinen Kopf mehrfach gegen das Fahrzeug und zwang ihn dann, sein T-Shirt auszuziehen. Anschließend irrte Andreas M. blutend und mit nacktem Oberkörper durch die Menge der FestbesucherInnen. Mit dem Urteil blieb das Landgericht nur unwesentlich unter dem von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafmaß von achteinhalb Jahren.

Täter wurde zuerst laufen gelassen

Dass es überhaupt zu einer Verurteilung des Täters kam, schien unmittelbar nach dem Angriff kaum denkbar. Denn obwohl der beim Heimatfest eingesetzte Sicherheitsdienst den Täter kurze Zeit nach dem Angriff in einem Bierzelt fand und der Polizei übergab, führten die Beamten in Zerbst lediglich einen Alkoholtest bei Nico K. durch und fuhren ihn dann als besondere Serviceleistung zum letzten Regionalexpress nach Roßlau. Im Zug verübte Nico K. die nächste Körperverletzung: Er schlug auf einen Augenzeugen des Angriffs ein, der sich zufällig im gleichen Zug aufhielt. Dabei hätte den Beamten im Zerbster Polizeirevier die Tatsache bekannt gewesen sein müssen, dass Nico K. zum Tatzeitpunkt erst zweieinhalb Monate auf freiem

Fuß war, nachdem er über vier Jahre inhaftiert und der verbleibende Strafrest gerade zur Bewährung ausgesetzt worden war.

Ermittlungen erst nach öffentlichem Druck

Das Polizeirevier in Zerbst verschwieg der Öffentlichkeit dann auch Tage lang den Angriff auf Andreas M. Einer Gruppe von 50 nicht-rechten und alternativen Jugendlichen, die wenige Tage nach dem Angriff für ein „nazifreies Heimatfest“ demonstrierten und Flugblätter verteilten, wurde mit Anzeigen wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“ gedroht. Die Stadt Zerbst erklärte das Heimatfest öffentlich zu einer gelungenen Veranstaltung und bagatellierte den Angriff als „Schlägerei unter Jugendlichen“. Währenddessen versuchten Ärzte, die Sehkraft auf dem zerschnittenen Auge des Opfers wieder herzustellen. Doch trotz mehrerer Operationen gelang dies nicht. Der 16-Jährige ist auf dem rechten Auge erblindet. Er befindet sich auch neun Monate nach dem Angriff noch in medizinischer Betreuung und muss nun eine Augenprothese tragen.

Bewegung kam in den Fall überhaupt erst, nachdem die Mobile Opferberatung auf Wunsch der Familie des Opfers überregionale Medien von dem Angriff informierte. Als der Berliner „Tagesspiegel“ am 13. August 2005 über die Ereignisse und das Verhalten der Polizei berichtete, gaben die Ermittlungsbehörden erstmals zu, dass der Angriff stattgefunden hatte und es sich um eine rechtsextrem motivierte Gewalttat handelte. Dann ging auf einmal alles schneller: Der Staatsschutz Dessau übernahm die Ermittlungen, gegen Nico K. wurde am 18. August 2005 Haftbefehl erlassen. Vor Gericht gab sich Nico K. reuig, allerdings leugnete er jegliche rechte Motivation. Doch das Landgericht glaubte ihm nicht: Es sei relativ gleichgültig, ob der Angeklagte in seinem täglichen Leben eine rechtsradikale Gesinnung auslebe, so der Vorsitzende Richter. Entscheidend sei, dass es sich bei der Tat um eine politisch motivierte Gewalttat handele. ■

Dank an alle SpenderInnen

Im Namen des Betroffenen und seiner Familie möchten wir an dieser Stelle für die vielen Reaktionen auf den Spendenaufruf zu Gunsten des 16-Jährigen danken, der durch einen rechten Angriff beim Heimatfest in Zerbst ein Auge verlor. Bis zum 1. März gingen beim Opferfonds des Vereins Miteinander e.V. unter dem Stichwort „Heimatfest Zerbst“ 3.800 Euro ein.

„Wir hätten nie gedacht, dass es so viele Menschen gibt, die Mitgefühl mit einem ihnen völlig Fremden haben und sind überwältigt. Wir möchten uns bei allen bedanken, die uns durch ihre Spende unterstützt haben“, sagen der 16-Jährige und seine Mutter.

Die Familie des Betroffenen wohnt inzwischen an einem Ort, wo sich der 16-Jährige ohne Angst im öffentlichen Raum bewegen kann. Dank der Spenden konnten die Kosten des Umzugs und weitere finanzielle Folgen des Angriffs in Höhe von 3.000 Euro gedeckt werden, die die Familie nicht alleine aufbringen konnte und für die sie keine staatliche Hilfen erhält.

Wie im Spendenaufruf angekündigt und nach Rücksprache mit der Familie des Betroffenen werden die Spenden, die über die benötigte Summe hinausgehen, dem Opferfonds des Vereins Miteinander e.V. für die unbürokratische Unterstützung weiterer Betroffener rechter Angriffe zur Verfügung gestellt.

1. Januar/Quedlinburg

Gegen 2 Uhr nachts werden zwei erkennbar alternative Jugendliche im Stadtzentrum unvermittelt von einer 15-köpfigen Gruppe von Rechten angegriffen. Die Angreifer beschimpfen ihre Opfer als „Zecken“; dann werden beide zu Boden geschlagen. Mit gezielten Tritten gegen den Kopf und ins Gesicht brechen die Täter einem der Jugendlichen den Kiefer.

1. Januar/Aschersleben

Nachts wird ein 14-jähriger Punk zwei Mal kurz hintereinander von Rechten angegriffen. Ein Rechter beschimpft ihn aus einer Gruppe heraus als „Scheiß Zecke“ und tritt ihn. Dem Punk gelingt es, den Angreifer abzuwehren und weiterzulaufen. Kurz darauf wird dem 14-Jährigen von einem Unbekannten mit voller Wucht mit der Faust ins Gesicht geschlagen, so dass er zu Boden geht.

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de findet sich eine ausführliche Fassung der Chronik.

„Die Übergriffe gehen jeden an!“

Interview mit Tahir Della zur Situation schwarzer Menschen in Deutschland

Tahir Della ist Mitglied im Bundesvorstand der „Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland“.

Herr Della, wie ist die „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“ entstanden?

Die ISD, damals noch „Initiative Schwarze Deutsche“, entstand Mitte der 1980er Jahre. Wichtige Impulse gingen von dem damals erschienenen Buch „Farbe bekennen“ und einem WDR-Dokumentarfilm mit dem Titel „Deutsche sind weiß, Neger können keine Deutschen sein“ aus. Vor allem das Buch „Farbe bekennen“ beschäftigt sich mit der langen Geschichte schwarzer Menschen in Deutschland, die nicht erst mit der Epoche des deutschen Kolonialismus im 19. Jahrhundert beginnt. War es bis dahin üblich, dass von der weißen Mehrheitsgesellschaft über schwarze Menschen in Deutschland verhandelt wurde, kamen hier zum ersten Mal Schwarze selbst zu Wort und bestimmten die Inhalte.

Anfang der 1990er Jahre war ein erster Höhepunkt der Bewegung zu verzeichnen. Es gab in jeder größeren Stadt eine lokale Gruppe der ISD oder ihrer Schwesterorganisation ADEFRA (Afro-deutsche Frauen/Schwarze Frauen in Deutschland). Angesichts der Welle rassistischer Gewalttaten nach der Wende waren schwarze Menschen gezwungen, sich zu vernetzen und zu organisieren, um sich gemeinsam gegen diese rassistischen Übergriffe zur Wehr zu setzen.

Was meinen Sie mit dem Begriff „Schwarze Deutsche“?

Der Begriff „Schwarze Deutsche“ – ebenso wie der Begriff „Afro-Deutsche“ – sind selbstgewählte Eigenbezeichnungen, die in den Anfängen der sich formierenden schwarzen Bewegung geprägt wurden. Bis dahin wurden wir immer fremdbestimmt bezeichnet. Es gab Begriffe wie „Besatzungskinder“, „Farbige“ oder stigmatisierende Bezeichnungen wie „Neger“. In diesen Begriffen drückt sich eine Haltung aus, die noch in vielen deutschen Köpfen herumgeistert, nämlich dass

sich Schwarz-sein und Deutsch-sein im Prinzip ausschließen, dass Schwarze keine Deutsche sein können. Mit dem bewusst gewählten Begriff „Schwarze Deutsche“ wollen wir darauf hinweisen, dass dies nicht nur ein Irrtum ist, sondern dass seit langer Zeit schwarze Menschen in Deutschland geboren werden und aufwachsen bzw. inzwischen hier ihren Lebensmittelpunkt haben. Unser Slogan lautete: „Wir sind hier, um zu bleiben.“

Gibt es auch in Städten in den neuen Bundesländern ISD-Gruppen?

Zurzeit gibt es in den neuen Bundesländern keine ISD-Gruppen, aber wir stehen dort in ständigem Kontakt zu Flüchtlingsgruppen oder zu Schwarzen, die die ISD schon lange kennen. In den neuen Bundesländern sind wir mit ganz speziellen Problemen konfrontiert: So haben wir etwa mit Gruppen vor Ort zum Tod von Oury Jalloh, der im Polizeigewahrsam in Dessau verbrannt ist, zusammengearbeitet. Inhaltlich unterscheidet sich die Arbeit nicht so sehr, doch sind die Erfahrungen von Schwarzen in den neuen Bundesländern andere.

Generell gilt, dass wir schwarzen Menschen eine Plattform bieten wollen. Wir wollen als Sprachrohr für schwarze Menschen dienen und die Vereinzelung und Isolierung schwarzer Menschen aufheben und ihnen einen Rahmen geben, in dem sie sich selbstbestimmt bewegen und ihre Aktivitäten entfalten können. In dieser Arbeit ist ISD nur eine Organisation der schwarzen Gemeinschaft in Deutschland. Um diese Ziele umzusetzen, arbeiten wir auch mit ADEFRA und diversen schwarzen/afrikanischen Initiativen, Flüchtlingsgruppen und MigrantInnenorganisationen zusammen.

Gehören rassistische Ausgrenzungen und Gewalt zu den Alltagserfahrungen von schwarzen Deutschen?

Physische Gewalt gehört nicht unbedingt zum Alltag von Schwarzen in Deutschland, alltäglich sind aber die rassistischen Ausgrenzungen in Sprache, im öffentlichen Raum,

im Berufsleben oder in der Schule – und dies paradoxer Weise vor allem in Regionen, in denen kaum schwarze Menschen leben, und weiße Deutsche oft sehr ablehnend reagieren. Daran hat sich leider in den letzten zwanzig Jahren nur wenig geändert.

Sie würden also nicht von einer Zunahme der Gewalt gegen Schwarze sprechen?

Anfang der 1990er Jahre haben wir alle eine Welle von sehr drastische Übergriffe erleben müssen. Ich denke hier beispielsweise an die rassistischen Ausschreitungen in Rostock, aber auch an die Ermordung von Alberto Adriano an Pfingsten 2000 in Dessau. Mein Eindruck ist, dass sich in Bezug auf rassistische Gewalt weder im Positiven noch im Negativen wirklich etwas getan hat. Das liegt m.E. vor allem daran, dass man sich in der Öffentlichkeit an diese Dinge gewöhnt hat. Hinzu kommt folgendes: Als ich kürzlich einen Flüchtling in Halle besuchte, erzählte er mir, dass er es prinzipiell vermeide, in der Nacht öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen bzw. überhaupt alleine in die Öffentlichkeit zu gehen. Mit anderen Worten: Schwarze fühlen sich auf Grund ihrer Erfahrung massiv bedroht und versuchen von sich aus potenziellen Gefahrensituationen aus dem Weg zu gehen.

Waren Sie überrascht, als Sie erfuhren, dass am 9. Januar 2006 in Pömmelte bei Magdeburg ein 12-Jähriger auf Grund seiner afrodeutschen Herkunft von fünf Neonazis brutal misshandelt wurden?

Überrascht? Nein; ich würde eher sagen: entsetzt. Es ist entsetzlich, dass in Deutschland 12-jährige Kinder schutzlos solchen Leuten ausgeliefert sind. Es ist unerträglich, dass schwarze Kinder, die ganz offensichtlich alleine auf Grund ihrer Hautfarbe zum Ziel solcher Angriffe werden, nach wie vor nicht geschützt werden können. Und es ist entsetzlich, zu sehen, dass sich die Verantwortlichen nicht wirklich dafür einsetzen, dass so etwas nicht mehr geschieht.

Was müsste Ihrer Meinung nach getan werden?

Kurzfristig müssten die Verantwortlichen, Polizei und Justiz dafür sorgen, dass den Täter und den Menschen in ihrem Umfeld klar gemacht wird, dass ihr Handeln schärfste Konsequenzen nach sich zieht. Längerfristig muss in der Öffentlichkeit eine Sensibilisierung stattfinden. Es muss klar werden, dass solche Übergriffe jeden angehen

und jeder sich einzusetzen hat, damit sie verhindert werden. Und es muss offen gesagt werden, dass es hier um Rassismus geht. In solchen Taten wird Menschen das Existenzrecht und generell ihr Mensch-sein abgesprochen. Was sich in solchen Übergriffen ausdrückt, hat jedoch eine Vorgeschichte, nämlich die Tatsache, dass in Deutschland Menschen abgesprochen wird, sich frei zu bewegen, ihnen abgesprochen wird, Teil der Gesellschaft zu sein.

Nach dem Angriff wurde der 12-Jährige durch Behörden und Medien öffentlich als „Junge äthiopischer Herkunft“ oder als „Farbiger“ bezeichnet. Was drückt sich darin Ihrer Meinung nach aus?

Damit erklärt man die Gruppe, die Ziel von rassistischen Angriffen wird, zu einer vorübergehenden Erscheinung in der Hoffnung, dass die Leute irgendwann wieder gehen und damit das Problem vom Tisch ist. Allerdings sind die überwiegende Mehrheit der Opfer rassistischer Gewalt Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Wenn man diese Menschen zum Neutrum macht, in dem man sie z.B. als „Farbige“ bezeichnet, will man von dem rassistischen Kern dieser Tat ablenken und das Ganze zu einem Problem machen, bei dem die ganze Gesellschaft nicht mehr automatisch aufgefordert ist, etwas dagegen zu unternehmen.

Sind diese Zuschreibungen unter Umständen auch darauf zurückzuführen, dass eine breitere Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands kaum stattfindet?

Die Situation von Schwarzen in Deutschland hat unmittelbar mit der Geschichte des deutschen Kolonialismus und dem transatlantischen Sklavenhandel zu tun. Wir sind aus genau diesen historischen Gründen hier. Seit den Anfängen der ISD gehört es zu unseren Anliegen, die Geschichte schwarzer Menschen aufzuzeigen, um klar zu machen, dass wir keine vorübergehende Erscheinung sind, sondern dass wir eine sehr lange Geschichte in Deutschland bzw. Europa haben. Der Rassismus hat seine Geschichte und seine Ursachen. Insofern ist die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte Deutschlands aus unserer Sicht dringend notwendig.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Vier mit Baseballschlägern bewaffnete Jugendliche greifen wiederholt am Neujahrsorgen ein Flüchtlingspaar aus Burkina Faso an. Die Betroffenen entkommen, weil sie direkt nach Halle zur Polizei fahren; unter Polizeischutz werden sie dann nach Hause geleitet. In den Mittagsstunden tauchen die Angreifer bei den Betroffenen zu Hause auf. Dann werden auch eine 21-jährige Nachbarin und ihr 25-jähriger Freund aus Niger beleidigt, der Mann u.a. am Boden liegend mit Fäusten traktiert und verletzt. Mit sechs bis acht weiteren Jugendlichen rufen die Angreifer anschließend vor dem Haus „Deutschland den Deutschen“ und „Ausländer raus!“ und werfen gezielt mehrere Bierflaschen. Die 21-Jährige wird durch Flaschensplitter verletzt.

1. Januar/Gräfenhainichen

(Landkreis Wittenberg) Zwei Vietnamesen werden kurz nach Mitternacht von 15- bis 19-jährigen Jugendlichen mit Holzknüppeln und Bierflaschen attackiert. Anwohner greifen ein, bevor die Polizei kommt. Die Täter flüchten, kehren aber kurz darauf zurück, um erneut auf die Vietnamesen einzuschlagen, die beide verletzt werden. Alle Angreifer gehören zum engeren Umfeld der „Kameradschaft Wittenberg“.

2. Januar/Quedlinburg

Gegen 20 Uhr wird ein Obdachloser am Bahnhof von zwei augenscheinlich Rechten angegriffen. Die Angreifer reißen den 44-Jährigen zu Boden, treten auf das Opfer ein und beschimpfen ihn unter anderem als „Assi“. Der Mann muss stationär im Krankenhaus behandelt werden.

9. Januar/Pömmelte

(Landkreis Schönebeck) Ein 12-jähriger Afrodeutscher wird von fünf teilweise vorbestraften Rechten über eine Stunde lang gequält und brutal misshandelt. Die Täter haben den Schüler schon auf dessen Heimweg im Bus von Schönebeck nach Pömmelte rassistisch beleidigt, ohne dass andere Fahrgäste intervenieren. Der 12-Jährige erleidet u.a. ein Schädel-Hirntrauma und Hämatome im Gesicht.

30. Januar/Bitterfeld

Gegen 20 Uhr wird ein 34-jähriger Mann aus Burkina Faso von einer sechsköpfigen Gruppe rassistisch angepöbelt und bedroht. Dem Betroffenen gelingt es zu flüchten und in einem Bistro telefonisch die Polizei zu verständigen.

5. Februar/Köthen

Ein 25-jähriger chinesischer Student wird von einer Gruppe Jugendlicher in der Bahnhofsvorhalle rassistisch beleidigt und geschlagen.

Erneuter Anstieg rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt

Mobile Opferberatung legt Zahlen für das Jahr 2005 vor

Insgesamt 129 Angriffe mit einem rechten oder rassistischen Hintergrund hat die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt im Jahr 2005 in Sachsen-Anhalt registriert. Damit ist die Anzahl der bis jetzt bekannt gewordenen Angriffe mit rechter und rassistischer Motivation im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Fünftel gestiegen. Auch die Zahlen, die das Magdeburger Innenministerium jetzt bekannt gab, zeigen diesen Trend: 116 politisch rechts motivierte Gewalttaten registrierte das Innenministerium für das Jahr 2005, nachdem die Behörden für das Vorjahr noch 73 Fälle gemeldet hatte.

Eine traurige Spitze mit 38 Gewalttaten verzeichnen die Harzregion sowie die Stadt Magdeburg mit 16 bekannt gewordenen Angriffen mit fremdenfeindlicher oder rechter Motivation. Alternative und nicht-rechte Jugendliche sowie junge Erwachsene bilden die zahlenmäßig größte Betroffenengruppe. Insgesamt registrierte die Mobile Opferberatung 192 direkt Betroffene rechter Gewalt, darunter 108 nicht-rechte bzw. alternative und 25 politisch aktive Betroffene sowie 52 MigrantInnen und Flüchtlinge. In rund 75 Prozent der Fälle haben die Betroffenen entweder Anzeige erstattet oder die Ermittlungsbehörden haben Kenntnis von den Angriffen.

Auf Grund vieler Gespräche mit Betroffenen und MultiplikatorInnen ist davon auszugehen, dass die oben genannten Zahlen nur einen Ausschnitt aus der Realität rechter und rassistischer Gewalt in Sachsen-Anhalt abbilden und erfassen. Denn nach wie vor ist hier von einem hohen Dunkelfeld auszugehen: Aus Angst vor der Rache der Täter oder auf Grund schlechter Vorerfahrungen mit Polizei und Justiz werden viele Angriffe nicht angezeigt. Und nicht alle Betroffenen finden oder suchen den Kontakt zur Mobilen Opferberatung oder zu anderen Beratungsstellen.

Ein allgemeiner Trend in Ostdeutschland

Wie auch in den Vorjahren verzeichnet die Mobile Opferberatung einen erneuten Anstieg von organisierten neonazistischen Angriffen gegen so genannte politische Gegner. Rechten Gewalttaten auf alternative oder politisch aktive Jugendliche und junge Erwachsene gehen oftmals genaue Planungen der Täter voraus, die in vielen Fällen dem Umfeld von militanten Freien Kameradschaften zuzurechnen sind. In der Harzregion beispielsweise fanden im Durchschnitt zwei Angriffe pro Monat statt: Offenbar ist dieser Anstieg auch das Ergebnis einer zunehmenden Strukturierung der rechten Szene in so genannten Freien Kameradschaften, aber auch in der Jugendorganisation der NPD, den Jungen Nationaldemokraten, und in neuen Ortsverbänden der NPD, die oft in enger Zusammenarbeit auffällig aktiv waren.

Diese Entwicklung wird von allen Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in den neuen Bundesländern und in Berlin bestätigt. So vermeldete etwa die in Brandenburg tätige Opferperspektive einen Rückgang rassistischer Angriffe, gleichzeitig jedoch eine deutliche Zunahme von Gewalttaten gegen junge Menschen aus dem linken und alternativen Milieu. Zusammengefasst erlangten die in den neuen Bundesländern und Berlin arbeitenden Opferberatungsstellen im Jahr 2005 Kenntnis von insgesamt 614 rechtsmotivierten Gewalttaten. Dies sind 63 Angriffe mehr als im Vorjahr. Die meisten Fälle wurden in Sachsen (154) gezählt, gefolgt von Sachsen-Anhalt (129) und Brandenburg (128). Von den 614, in ihrer Intensität sehr unterschiedlichen Angriffen, waren mindestens 910 Personen betroffen. In nahezu 90 Prozent der Fälle handelte es sich um Körperverletzungsdelikte. In 300 Fällen richtete sich die Gewalt gegen junge Menschen aus linken und alternativen Milieus. In 182 Fällen war Rassismus die vermutete primäre Tatmotivation. ■

DVU-Erfolg möglich

Bündnis aus DVU und NPD nimmt Sachsen-Anhalt ins Visier

Am 26. März wählt Sachsen-Anhalt einen neuen Landtag. Das Bündnis aus DVU und NPD rechnet sich Chancen auf einen Einzug ins Parlament aus.

Ob das braune Bündnis erfolgreich sein wird, hängt vor allem davon ab, inwieweit es ihm gelingt, den verbreiteten Rassismus und die politische Resignation der Bevölkerung in Bezug auf soziale Themen auszunutzen. Kein Zweifel besteht jedenfalls daran, dass in Sachsen-Anhalt ein extrem rechtes Wählerpotenzial vorhanden ist. Nach einer Umfrage des MDR Anfang Februar konnten sich sieben Prozent der Befragten vorstellen, ihre Stimme der DVU zu geben. Und bei den parallel zur Bundestagswahl 2005 von Jugendverbänden in Sachsen-Anhalt initiierten sogenannten U18-Wahlen erhielt die NPD sogar ein zweistelliges Ergebnis.

Vor acht Jahren: Die erste DVU-Fraktion

Als vor acht Jahren die DVU bei den Landtagswahlen im April 1998 aus dem Stand 12,8 Prozent der Stimmen holte, war das Entsetzen groß. Vor allem bei Jung-, Erst- und NichtwählerInnen war die Partei damals mit ihrer rassistischen Wahlpropaganda erfolgreich. Die Parlamentsarbeit der Partei in den folgenden vier Jahren war allerdings nicht der Rede wert. Den intellektuell überforderten DVU-Abgeordneten gelang es nicht, den Landtag als Bühne für ihre extrem rechte Politik zu nutzen. Stattdessen reihte sich Skandal an Skandal: Einen Abschluss gab es erst in diesem Jahr mit der Verurteilung des ehemaligen DVU-Fraktionsvorsitzende Dieter Kannegießer wegen Veruntreuung von Fraktionsgeldern. Am Ende der Legislaturperiode spaltete sich die Fraktion, und die DVU versank nach ihrem Wahldebakel 2002 in der Bedeutungslosigkeit.

NPD und DVU agieren gemeinsam

Die Ausgangssituation für die Wahlen am 26. März ist eine gänzlich andere. Wie im „Deutschland-Pakt“ genannten Vertrag zwi-

schen NPD und DVU festgelegt, wollen die beiden rechtsextremen Parteien bis zum Jahr 2009 bei Wahlen in den Ländern nicht in Konkurrenz zueinander antreten. Dementsprechend kandidieren in Sachsen-Anhalt NPD-Mitglieder auf der Landesliste der DVU, darunter u.a. der NPD-Landesvorsitzende Andreas Karl, der im Burgenlandkreis eine Dachdeckerfirma betreibt. Laut Absprache wurde jeder vierte Listenplatz einem Kandidaten der in Sachsen-Anhalt strukturell schwachen NPD zugesprochen.

Derweil versucht sich der DVU-Landesverband mit seinem Vorsitzenden, dem Dessauer Rechtsanwalt Ingmar Knop, ein seriöseres Image zu geben als ihre Vorgänger 1998. Knop ist u.a. Autor der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“, in der er sich Themen wie Brauchtumspflege und Rechtspolitik widmet. Als AntifaschistInnen seine extrem rechten Aktivitäten öffentlich machten, verlor er seine Anstellung in einer Dessauer Anwaltskanzlei.

Selbstbewusste rechte Szene

Selbstbewusst sieht auch die Neonaziszene, insbesondere die so genannten Freien Kameradschaften jenseits von DVU und NPD, den Landtagswahlen entgegen. Denn die Aktivisten der Kameradschaften und die eng mit ihnen zusammen agierende Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten, erfahren im öffentlichen Raum zumeist keine explizite Ausgrenzung. Vielmehr gelten sie bei manchen KommunalpolitikerInnen und lokal Verantwortlichen als scheinbar normaler regionaler Faktor oder Diskussionspartner. Das Abschneiden von DVU und NPD bei den Landtagswahlen wird auf die alltägliche Präsenz von Neonazis in den ländlich und kleinstädtisch geprägten Regionen Sachsen-Anhalts deshalb ohnehin kaum Auswirkungen haben. Denn ihnen werden weder durch die Behörden, noch durch irgendeine etablierte gesellschaftliche Gruppe nachhaltig Grenzen gesetzt. Sollte das extrem rechte Parteienbündnis nicht in den Magdeburger Landtag einziehen, wäre dies also kein Grund zur Entwarnung. ■

10. Februar/Köthen

Gegen 18 Uhr wird ein chinesischer Student aus einer Gruppe jugendlicher angegriffen und geschlagen. Dem Studenten gelingt es, zu flüchten und die Polizei zu verständigen. Noch am selben Abend wird in der Nähe des Campus der Hochschule Anhalt ein weiterer chinesischer Student von einer Gruppe unbekannter angepöbelt und geschlagen.

15. Februar/Magdeburg

Gegen 11.30 Uhr wird ein 27-jähriger Togolese in der Straßenbahn von einem 18-jährigen polizeibekanntem Rechten und zwei weiteren Männern rassistisch beschimpft. An einer Wartehalle schlägt und tritt der 18-Jährige auf den Togolesen ein und hetzt seinen Hund auf ihn, der den 27-Jährigen in die Hüfte beißt.

23. Februar/Köthen

Zwei chinesische Studenten werden nachmittags von zwei jungen Männern und drei jungen Frauen beleidigt. In offensichtlicher Angriffsabsicht kommt ein Mann aus der Gruppe auf die beiden Studenten zu. Die Studenten können jedoch flüchten. Laut Polizeidirektion Dessau wird gegen zehn Verdächtige im Zusammenhang mit den insgesamt vier im Februar in Köthen bekannt gewordenen rassistischen Angriffen ermittelt. Alle Beschuldigten seien der rechten Szene Köthens zuzuordnen.

Rechte Aktivitäten melden!

Angriffe auf linke Jugendliche, Punks und Flüchtlinge, Hakenkreuzschmierereien, geschändete Friedhöfe – tagtäglich bringen Rechte in Sachsen-Anhalt ihre menschenverachtende Gesinnung zum Ausdruck. Für diejenigen, die selbst Opfer oder zufällige ZeugInnen werden, die als Angehörige von Betroffenen, als AnwohnerInnen oder in ihrer beruflichen Tätigkeit mit rechten Aktivitäten konfrontiert sind, gibt es seit kurzem die Möglichkeit auf www.mobile-opferberatung.de entsprechende Vorfälle und Beobachtungen zu melden. Dabei geht es nicht allein um Angriffe, rassistische oder antisemitische Beleidigungen etc. Gemeldet werden sollen auch rechte Konzerte, Aufmärsche, Saalveranstaltungen, Mahnwachen, Flugblattverteilaktionen, geschmierte Parolen oder Bedrohungen. Denn darauf folgen oft Gewalttaten gegen all diejenigen, die nicht ins rechte Weltbild passen. Mit dem internet-basierenden Meldesystem möchten wir das Ausmaß rechter Aktivitäten sowie deren Gefährlichkeit öffentlich besser sichtbar machen. Dabei sind wir auf die Mithilfe aller angewiesen.

www.mobile-opferberatung.de

Jugendsommerlager auf Schloss Lichtenburg

Vom 7. bis 21. August findet das von Miteinander e.V. und AK Schloss und Gedenkstätte Lichtenburg e.V. organisierte internationale Jugendsommerlager auf Schloss Lichtenburg statt. Eingeladen sind alle, die sich mit den Ursachen, Folgen und der Wirkungsgeschichte des Nationalsozialismus auseinandersetzen wollen. Das Schloss Lichtenburg in Prettin bei Lutherstadt Wittenberg gehörte zwischen 1933 und 1939 zu den ersten Konzentrationslagern der Nationalsozialisten. Zunächst waren hier Männer inhaftiert; nach deren Verlegung in das neu erbaute Konzentrationslager Buchenwald wurden in der Lichtenburg zwischen 1937 und 1939 Frauen gefangen gehalten, bis sie in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück verlegt wurden. 1965 entstand eine Mahn- und Gedenkstätte in dem Schloss. Heute beherbergt das Schloss ein Kreismuseum und eine Ausstellung zur Lichtenburg während der NS-Zeit.

Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung – insbesondere mit dem persönlichen Schicksalen einzelner Häftlinge –, sollen während des Jugendsommerlagers Pflege- und Erhaltungsarbeiten in der Lichtenburg

durchgeführt werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Erhaltung von Inschriften in dem dortigen Bunker und der Erstellung von Informationstafeln über die Geschichte einzelner Plätze in der Stadt. Zusätzlich ist ein Wochenendausflug in die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück mit einem Zeitzeuginnengespräch geplant.

Erwartet werden internationale TeilnehmerInnen aus Deutschland und Europa, wobei acht TeilnehmerInnen aus dem Raum Sachsen-Anhalt eingeplant sind. Campsprachen sind Deutsch und Englisch. Der Eigenbeitrag beträgt 100 Euro.

Weitere Informationen zum Projekt:

www.lichtenburg.org

Anmeldung bitte unter:

info@lichtenburg.org

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen fünf Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
c/o Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

opferberatung.md@miteinander-ev.de
Tel.: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Über Geld und Spenden:

Spenden sind jederzeit willkommen. Sie werden ausschließlich für die direkte Projektarbeit eingesetzt. Wünsche der SpenderInnen über die Mittelverwendung werden selbstverständlich befolgt. SpenderInnen werden regelmäßig über die Arbeit des Mobilien Opferberatung informiert, u.a. durch einen Jahresbericht und Materialneuerscheinungen.

Die Mobile Opferberatung ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Miteinander e.V.; Spenden sind daher steuerlich absetzbar. Auf Wunsch erhalten Sie eine Spendenbescheinigung zugeschickt.

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konto-Nr.: 8473400, BLZ: 810 205 00
Kontoinhaber: Miteinander e.V.
Verwendungszweck: Mobile Opferberatung
(bitte angeben)

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt
c/o Miteinander e.V.
Projektleitung und Koordination

Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5 44 67 10

Fax: 0391/5 44 67 11

opferberatung.md@miteinander-ev.de

www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:

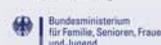
Heike Kleffner (V.i.S.d.P.),
Martin Beck

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:



gefördert von:



im Rahmen von

